

Fragt nicht, was Europa für euch tun kann

Die Staaten Europas werden zu Kolonien und Protektoraten fremder Mächte oder sie schließen sich zu einer wehrhaften Föderation zusammen, prognostizierte kürzlich der Journalist und Historiker Philipp Blom in einem Gastbeitrag für den SPIEGEL. „Plädoyer für die Vereinigten Staaten von Europa“ lautete der Titel des Meinungsstücks. Tatsächlich zeigt sich immer klarer, dass die regelbasierte Weltordnung zerbrochen ist und Europa zum Spielball feindlicher Mächte zu werden droht. Dass ein vereintes Europa immer stärker sein würde als ein entlang nationaler Grenzen fragmentiertes, war für uns europäische Föderalistinnen und Föderalisten immer schon selbstverständlich und die Grundannahme des Hertensteiner Programms, das mit seinen zwölf Thesen Antworten auf die Schrecken zweier Weltkriege versuchte.

Also schauen wir gespannt auf das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen. Wird die nächste Bundesregierung Schritte wagen, die perspektivisch das Aufgehen des Nationalstaats in einer europäischen Föderation einleiten? Der Koalitionsvertrag von 2021 war verheißungsvoll föderalistisch, die Politik hielt sich aber nicht an die schöne Regie. Das Zuwarten hat sich nicht ausgezahlt. Anno 2025 wird Europa von autoritären Regimen in die Zange genommen. Russland und China, in „grenzenloser Freundschaft“ miteinander verbunden und unterstützt von weiteren „Schurkenstaaten“, bedrohen Europa existenziell.

Es ist offensichtlich, dass ein Weiter-so-wie-bisher, bei dem die Europapolitik der Bundesregierung ohne strategische Idee auf Sicht gefahren und innenpolitischen Dingen nachgeordnet wird, nicht mehr ausreicht. Der neue Bundeskanzler, voraussichtlich Friedrich Merz, wird sich an den föderalistischen Visionen der Kohl-CDU orientieren wollen, wenn er nicht zu einer Generation der Totengräber von Europas Freiheit und Einheit gehören möchte. Sein voraussichtlicher Koalitions-



© iStock_adventr

partner, die SPD, die in den Verhandlungen wie die Union viel Energie auf innenpolitische Fragen zu legen scheint, mag sich an ihr Heidelberger Programm von 1925 erinnern, in dem sie sich für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa aussprach.

Lange schon passen die schroffen Konten nationaler Grenzziehungen nicht mehr zu den politischen Anforderungen in Europa. Krieg war bis 1945 Normalzustand. Allein ausgeklügelte Ordnungen, die von den großen Mächten getragen wurden, haben für längere Friedenszeiten gesorgt. Das galt für die Ordnung, die der Wiener Kongress 1814/15 geschaffen und eine Atempause bis, je nach Betrachtung, zum Krimkrieg oder zu den deutschen Einigungskriegen ermöglicht hatte. Dass diese Ordnung von den östlichen Mächten Österreich, Russland und Preußen getragen worden war, machte sie allerdings zu einer der Freiheit entgegengesetzten. Ganz anders die Ordnung, die bereits 1941 von den USA und Großbritannien mit der Atlantik-Charta ausgerufen und nach dem Krieg im freien Teil Europas verwirklicht wurde. Der Nordatlantikvertrag und die europäische Einigung waren Teil und zugleich Folge dieser atlantischen Ordnung, gestützt auf die be-

nevolente Hegemonie der USA, und sie sicherten den an ihr beteiligten europäischen Staaten nicht nur den Frieden, sondern über lange Zeit auch die Freiheit.

Nun liegt es nicht allein an der künftigen deutschen Bundesregierung, ob Europa sich selbstbehauptet oder zur Beute fremder Mächte wird. Ebenso wenig reichen gute Beschlüsse in Brüssel. Das Mehr an Sicherheit und Zusammenhalt, das es in dieser historischen Stunde, im Übergang zu einer neuen, sich allenfalls schemenhaft abzeichnenden Weltordnung braucht, lässt sich nicht allein per Sondervermögen einkaufen. Vielmehr kommt es auf jede europäische Bürgerin, auf jeden europäischen Bürger an. Forderungen allein werden Europa nicht widerstandsfähig machen. Es wird auch eigene Anstrengung, vielleicht sogar der Mühsal bedürfen, die sich nicht ausschließlich in proeuropäischer Gesinnung erschöpfen kann. Also lautet das Gebot der Stunde, frei nach John Fitzgerald Kennedy: Fragt nicht, was Europa für euch tun kann, sondern fragt, was ihr für Europa tun könnt!

Christian Moos,
Generalsekretär der
Europa-Union Deutschland

Europa zählt mehr denn je!

Bundesausschuss nimmt neue Bundesregierung in die Pflicht

Der gemeinsame Bundesausschuss von Europa-Union und JEF Deutschland am 15. März in Berlin stand unter dem Eindruck der weltpolitischen Umwälzungen. Die Abkehr der neuen US-Regierung von Europa und einer regelbasierten Weltordnung ändert für Deutschland und Europa alles. Die Nachlese zur Bundestagswahl als beherrschendes Thema der Tagung stand im Lichte dieser aktuellen Entwicklungen.

Positive Kampagnenbilanz

Bereits mit der Verbandskampagne zur Bundestagswahl „Deutschland wählt, Europa zählt“ hatten EUD und JEF die besondere Verantwortung der neuen Bundesregierung für die künftige europäische Politik in den Fokus genommen. EUD-Generalsekretär Christian Moos und JEF-Bundesausschussvorsitzende Melanie Thut zogen eine positive Bilanz. Trotz der kurzen Wahlkampfzeit gab es viele Veranstaltungen mit Kandidierenden vor Ort in den Kreisverbänden, mehrere zentrale Online-Events, Schulprojekte sowie eine erfolgreiche Video-Reihe in den sozialen Medien, die mit dem Institut für Europäische Politik, dem BBE und mithilfe der ehrenamtlichen Unterstützung der Produzentin Veronika Weidlich realisiert wurde. Christian Moos dankte den Kreis- und Landesverbänden, die mit der Kampagne für ein europaoffenes Deutschland gekämpft haben. „Jetzt ist die Stunde Europas“, betonte Moos. In der EU lebten mehr als 448 Mio. Menschen, Großbritannien und Norwegen näherten sich der EU in der Sicherheitspolitik an. Die neue Bundesregierung trage daher eine besondere europapolitische Verantwortung.



MEGA statt MAGA

Bei vielen der aktuellen Probleme liege ein Teil der Lösung in Europa, sagte EUD-Präsident Rainer Wieland in seinem politischen Bericht. Insbesondere in der Außenpolitik müssten sich die EU-Staaten schneller und besser verständigen. Autokraten hätten nämlich den immanenten Vorteil, allein und kurzerhand entscheiden zu können. Mit Blick auf die neue US-Administration merkte er an, im Grundgesetz würde nichts von Deals stehen. Man habe Interessen, aber Europa und das Zusammenleben in der Welt funktionierten nicht wie ein Kaugummiautomat, wo man sofort und im gleichen Gegenwert etwas für sein Geld bekomme. Man müsse langfristig in gute Beziehungen investieren.



Bild: KI-generiert

In Anbetracht von mehr als 27 Luft-raumüberwachungen und mehr als 100 unterschiedliche Waffensystemen in Europa bedürfe es schnell einer gemeinsamen Beschaffung von Rüstungsgütern und der Vereinheitlichung von Strukturen, so Wieland. „Das Eurocorps in Straßburg hätte man längst zum Nukleus einer europäischen Verteidigungsstruktur ausbauen können.“ Und weiter: „Wir brauchen einen europäischen Pfeiler der NATO, der sie mitträgt, der aber so stark ist, eine europäische Struktur allein zu stemmen.“ Seiner Meinung nach wird der Knackpunkt in Europa die Flüchtlingspolitik sein. „Es wird nur gehen, wenn sich alle bewegen, und wenn alle sehen, dass sich alle bewegen“, unterstrich Wieland erneut. „Schengen

wird in der Mitte sterben, wenn wir es an den Rändern nicht organisieren“, warnte er und regte die Finanzierung der Gehälter der Grenzbeamten an den EU-Außengrenzen durch europäische Mittel an. „Wir sind der Verband, der sich aufmachen und sagen muss: MAGA ist keine Option. Wir wollen MEGA – Make Europe grow again!“, schloss der EUD-Präsident.

Laut der JEF-Bundesausschussvorsitzenden Melanie Thut erleben wir gerade einen historischen Moment. Deshalb sei es wichtig, dass sich die neue Bundesregierung aktiv in die Europapolitik einbringt. Es müsse eine koordinierte Europapolitik geben, damit es künftig nicht mehr zu einer „German Vote“ komme, d. h. zu Enthaltungen Deutschlands im Rat der EU. Sie sei erstaunt gewesen, wie wenig Europa im Sondierungspapier der künftigen Koalition gestanden habe, dabei sollte statt national zu denken, Europa als Chance gesehen werden. Sie dankte der Europa-Union für die gute Zusammenarbeit bei der Kampagne und der Ausarbeitung des Leitanspruchs mit den Forderungen an die Bundesregierung. Gemeinsam seien auch Verhandlerinnen und Verhandler des künftigen Koalitionsvertrags angesprochen worden.

„Wir müssen neu denken“

In der Generaldebatte zur Bundestagswahl ging es um die besondere Verantwortung der künftigen Regierung und die Versäumnisse früherer Koalitionen in den Bereichen Verteidigung und Infrastruktur. Bemängelt wurde auch, dass sich die etablierten Parteien zu viel aneinander und zu wenig an der AfD abgearbeitet hätten. Dabei schadeten die AfD-Vorhaben den Menschen und der deutschen Wirtschaft. Es wurde auch angemerkt, dass mit der Gründung des BSW, gegenüber dem die EUD einen Unvereinbarkeitsbeschluss gefasst hat, viele Europaskeptiker die Partei Die Linke verlassen hätten. Man könnte daher versuchen, die Linkspartei stärker einzubinden. Beobachtet wurde auch, dass Good Governance eine gute Kommunikation in die Gesellschaft brauche. EUD und JEF sollten daher überlegen, mit welchen neuen sozialen Bewegungen sie zusammenarbeiten könnten.

Zum Schluss der Debatte meldete sich EUD-Ehrenpräsident Elmar Brok zu Wort. Die Situation sei noch nie so schlimm wie jetzt gewesen. Die Welt der letzten 80 Jahre gebe es nicht mehr. „Trump ist wie Xi und Putin der Meinung, dass Europa zerschlagen werden muss. Bündnispartner kennt er nicht mehr. Er kennt nur Feinde und Vasallen. Die EU hat er in die Reihe der Vasallen eingeteilt“, so Brok. Die Botschaft an uns selbst müsse daher lauten, dass wir neu denken müssen. Wir brauchen eine Reduzierung der Waffensysteme und eine Standardisierung der Munition. Diese müsse gemeinsam beschafft werden, ähnlich dem Vorgehen beim gemeinsamen Kauf von Impfstoffen während der Pandemie durch die EU-Kommission. „Macron hat recht gehabt, als er sagte, wir brauchen eine europäische souveräne Autonomie“, meinte Brok. „Europa ist die einzige substantielle Antwort“, betonte er mit Blick auf die dramatische Lage und warnte nachdrücklich davor, diese Chance zu verpassen.

Es ist die Zeit für entschlossenes Handeln

In ihrem Leitbeschluss wenden sich Europa-Union und JEF direkt an die neue Bundesregierung und fordern sie auf, sich in den kommenden vier Jahren proaktiv für eine wirkungsvolle Stärkung Europas einzusetzen. Deutschland müsse gemeinsam mit Frankreich und Polen und weiteren reformwilligen EU-Staaten Führungsverantwortung übernehmen und eine ambitionierte Vision mit klaren Ansprüchen definieren. Wichtige Entwicklungen dürften nicht blockiert werden, es gelte, selbst Impulse zu setzen (zu unseren Erwartungen siehe Infobox).



Freundschaftlich und intensiv: Der Austausch in Kleingruppen

Foto: Lutz Gude/JEF

In einem weiteren Beschluss wird die Regierung aufgefordert, sich eingedenk des Draghi-Reports für die Verwendung gemeinsamer europäischer Finanzinstrumente sowie die Aufnahme gemeinsamer europäischer Kredite einzusetzen und die Entwicklung der EU zu einer Fiskalunion voranzutreiben.

Da die USA ihre Rolle als Verteidigerin einer regelbasierten Weltordnung nicht mehr wahrnehmen, fordert der Bundesausschuss in einer Erklärung die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Beziehungen zu anderen Staaten auf dem amerikanischen Kontinent zu intensivieren und mit diesen Partnern Verantwortung für den Erhalt der werte- und regelbasierten Ordnung zu übernehmen.

Überparteilich, aber nicht neutral!

Wichtige Diskussionen fanden auch in den verbandspolitischen Workshops statt. In der Session zur Überparteilichkeit tauschten sich die Teilnehmenden darüber aus, wie das Kernmerkmal von EUD und JEF in diesen Zeiten noch besser gefördert und in den Verbänden gelebt werden kann. Beim Workshop „Raus aus der Bubble“ ging es um die Erreichung neuer Zielgruppen für die Europa-Kommunikation und Mitgliederwerbung unserer Verbände. In einer weiteren Runde stand die Frage im Zentrum, wie der Übergang vom Jugend- zum Erwachsenenverband bestmöglich gestaltet werden kann, und was eine gute Zusammenarbeit von EUD und JEF konkret ausmacht. ■



Experiment geglückt: Für die Antragsbehandlung kam ein neues digitales Tool zum Einsatz. Foto: EUD

Was für uns zählt

Das erwarten Europa-Union und JEF von der künftigen Bundesregierung:

- Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und zivilgesellschaftliches Engagement stärken!
- Junge Menschen an der Gestaltung der Zukunft beteiligen!
- Europäische Integration vertiefen, um den Bundesstaat zu verwirklichen!
- Eine handlungsfähige EU durch gemeinsame Verteidigung fördern!
- Europäische Freizügigkeit schützen und Schengen verteidigen!
- Das Parlament als Herzstück der Demokratie betonen!
- Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz vorantreiben!

Der Beschluss des Bundesausschusses im Wortlaut unter:

<https://www.europa-union.de/politik/beschlusse>



Schengen unter Druck

Offene Grenzen und Migration im Spannungsfeld

Seit fast 40 Jahren steht der Schengen-Raum für offene Grenzen und Reisefreiheit innerhalb Europas. Doch in Zeiten wachsender Sicherheitsbedenken und politischer Spannungen gerät dieses System zunehmend unter Druck. Seit September 2024 führt Deutschland temporäre Grenzkontrollen durch, offiziell als Maßnahme gegen irreguläre Migration. Diese Kontrollen wurden mehrfach verlängert und könnten langfristig bestehen bleiben, falls sich die politische Stimmung weiter in diese Richtung entwickelt.

Nationale Alleingänge

In der Online-Diskussion der JEF „Offene Grenzen UND geregelte Migration – (k)ein Widerspruch!“ haben wir mit Expertinnen und Experten über die Zukunft von Schengen und der Migrationspolitik debattiert. Dabei wurde deutlich: Der politische Kurs einzelner Nationalstaaten könnte das europäische Projekt ernsthaft gefährden.

Sven Hüber von der Gewerkschaft der Polizei warnte: „Wenn alle Mitgliedstaaten gegen Schengen verstoßen, ist das das Ende der Reisefreiheit in Europa.“ Die Polizei kön-

ne die deutschen Grenzen nicht lückenlos kontrollieren. Die aktuelle Politik schwäche zudem die europäische Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen.

Die Migrationsforscherin Judith Kohlenberger wies darauf hin, dass mehr Grenzkontrollen nicht zwangsläufig weniger Migration bedeuten. „Im Gegenteil: Sie können Schlepplernetzwerke stärken und Migrationsrouten in noch riskantere Gebiete verlagern.“

Flucht ist keine Migration

Monzer Haider vom Flüchtlingsrat Baden-Württemberg betonte die Gefahr einer Vermischung von Flucht und Migration. „Flucht ist eine Zwangsentscheidung, keine freiwillige Reise. Politische Maßnahmen fokussieren sich oft auf Abschreckung statt auf humanitäre Verantwortung.“ Die GEAS-Reform der EU versucht hier zwar Regelungen zu schaffen, doch viele Staaten – etwa Polen – kündigten bereits an, die Reform nicht umzusetzen.

Welche Lösungen braucht Europa?

Die Diskussion zeigte klar: Nationale Al-



Zittau 2007: Der damalige EP-Präsident Hans-Gert Pöttering an der Grenze im „Dreiländereck“ zur Feier der Abschaffung der Grenzkontrollen aufgrund der Erweiterung des Schengen-Raums
Foto: European Communities, 20.12.2007

leingänge sind keine nachhaltige Lösung. Eine gemeinsame europäische Strategie zur Migrationspolitik ist entscheidend, um sowohl Freizügigkeit als auch Sicherheit zu gewährleisten. Schnelle Asylverfahren, faire Verteilung Geflüchteter und enge Zusammenarbeit mit Drittstaaten könnten tragfähige Alternativen sein.

Statt auf Kontrollen an den Landesgrenzen zu setzen, muss regionale Sicherheit im Vordergrund stehen, die gesamteuropäisch gedacht wird. Andernfalls droht eine schrittweise Aushöhlung von Schengen.

Moritz Hergl

Die Zweite Berliner Republik

Wende in der politischen Kultur

Die Bundestagswahl vom 23. Februar 2025 markiert einen Umbruch. Zugewinne von CDU/CSU, AfD und Linkspartei gegenüber SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zeigen das Ende eines Politikmodells an, das lange der Bundesrepublik Stabilität verliehen hat.

Die Ampel wurde in der ganzen Breite abgewählt. Ihr Anspruch war ein gleichermaßen progressiver wie undogmatischer Versuch, den konsensorientierten und oft technokratischen Stil Angela Merkels unter anderen Vorzeichen fortzusetzen. Dies ist früh gescheitert, gerade da sich das Trio angesichts des Beginns des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und anderer Ereignisse zunehmend nicht mehr auf eine gemeinsame Linie einigen konnte.

Die Union reagierte auf ihre überraschende Niederlage 2021 mit einer Neuausrichtung. Laut Friedrich Merz war das Kalkül dahinter, die AfD zu halbieren. Der Plan ist gescheitert. Dafür gewann die Union von SPD und FDP dazu und schwächte somit statt den rechten Rand aktiv ihre potenziellen Koalitionspartner in der Mitte.

Dass die Union trotzdem stärkste Kraft wurde, liegt daran, dass SPD und Grüne nicht in der Lage waren, etwas entgegenzusetzen. Sowohl Olaf Scholz als auch Robert Habeck führten einen defensiven und konsensbetonten Wahlkampf, wodurch sie kaum Themen setzen konnten. Dazu kam eine starke Konkurrenz in Form der Linkspartei. Ohne Sahra Wagenknecht konnte sie

einen Wahlkampf führen, der sich vor allem auf sozialpolitische Themen konzentrierte. So verloren SPD und Grüne nicht nur in der Mitte, sondern auch links Stimmen.

Das Ergebnis der Bundestagswahl lässt sich daher so zusammenfassen, dass Parteien, die am alten konsensorientierten Politikstil der Ersten Berliner Republik festhalten, gegenüber solchen mit klaren ideologischen Profilen verloren haben. Hierin deutet sich ein klarer Shift in der politischen Kultur an. Die AfD kann vor Stärke kaum laufen. Sie wird ihre Politik der Radikalisierung fortsetzen und stellt für proeuropäische Kräfte des gesamten politischen Spektrums eine noch größere Herausforderung dar. Nun reicht es nicht mehr aus, nicht rechts zu sein. Man muss mit eigenen Zukunftsvorstellungen antworten.

Konstantin Petry

Zusammen für Europa

In Berlin setzten am 15. März Europa-Union und JEF Deutschland ein sicht- und hörbares Zeichen für ein vereintes Europa, das zu seinen Werten steht. Nach der gemeinsamen Bundesausschuss-Tagung beider Verbände machten sich die Delegierten zur Kundgebung an der East Side Gallery am ehemaligen Mauerstreifen auf. Auch Berliner Mitglieder und Vertreter von Partnerorganisationen schlossen sich an. Mit Sprechchören, dem „Europe United“-Song und Redebeiträgen zogen die Demonstrierenden die Blicke und

das Interesse der vielen Passanten auf sich. Am selben Nachmittag fanden auch andersorts in Europa, darunter in Rom, Brüssel und Bukarest, proeuropäische Kundgebungen statt. Ein Aufruf des italienischen Journalisten Michele Serra in der Zeitung La Repubblica gab den Impuls, dass in verschiedenen Städten Proteste für ein vereintes Europa im Angesicht der aktuellen geopolitischen Lage initiiert wurden. Auch die europäische föderalistische Bewegung hatte den Aufruf aufgegriffen und beteiligte sich. ■



Impressum

1/2025

**EUROPA AKTIV –
Aktuelles aus Politik und Verbandsleben**

Herausgeber:

Europa-Union Deutschland e.V.
Chausseestraße 84, 10115 Berlin
Tel.: (0 30) 9 21 01 40 00
E-Mail: info@europa-union.de
Internet: www.europa-union.de

Redaktion:

Birgit Kößling (v. i. S. d. P.)
Birka Meyer-Georges

Redaktionsanschrift:

Chausseestraße 84, 10115 Berlin
Tel.: (0 30) 9 21 01 40 00
E-Mail: redaktion@europa-aktiv.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 21.3.2025
Annahmetermin für Ausgabe 2/2025: 26.4.2025
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Verbandes sowie seiner Untergliederungen wieder. Für die inhaltliche und sprachliche Gestaltung der Berichte der Landesverbände sind unmittelbar diese selbst verantwortlich. Alle abgedruckten Texte und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Bei Adressänderungen wenden Sie sich bitte an den für Sie zuständigen Landesverband oder direkt an das Generalsekretariat der Europa-Union!

Gesamtherstellung:

SEOTrade Andreas Schreiber
Auf der Ley 5, 53773 Hennef
Mobil: (01 75) 5 28 93 77
E-Mail: info@seotrade.de
Internet: www.seotrade.de

Druck:

GÖRRES-DRUCKEREI UND VERLAG GMBH,
Koblenz/Neuwied
Internet: <https://www.goerres-druckerei.de>

Nicht nur reden, sondern machen: Das leben unsere Verbände und Mitglieder seit Jahrzehnten in ihrem Einsatz für die europäische Einigung und unsere freiheitlich-demokratischen Werte!

Fotos: Lutz Gude/JEF

Brüssel

Schlagabtausch zur Bundestagswahl

Am 27. Januar lud die Europa-Union Brüssel zur Podiumsdiskussion „Deutschland vor der Bundestagswahl“ in der Hessischen Landesvertretung ein.



Die Brüsseler Elefantenrunde

Foto: EUD Brüssel

Bei dieser Elefantenrunde, die auch online mitverfolgt werden konnte, lieferten sich die Europaabgeordneten Sabrina Repp (SPD), Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP), Sergey Lagodinsky (Bündnis 90/Die Grünen), Dennis Radtke (CDU) und René Aust (AfD) einen anregenden Schlagabtausch zu strittigen Wahlthemen, wie zum Beispiel dem Ukraine-Krieg und der Migration. Geleitet wurde das Gespräch von Autor Hans-Jürgen Moritz.

In der Vorstellungsrunde erläuterte René Aust, warum er 2014 von der SPD zur AfD gewechselt ist: Die SPD habe sich in den letzten Jahren immer weiter von ihren ursprünglichen Werten, wie zum Beispiel dem Aufstiegs- und Bildungsversprechen, entfernt. Darauf konterte Sabrina Repp, dass das Aufstiegsversprechen durchaus wieder mehr wert sein solle – allerdings, im Gegensatz zum AfD-Programm, für alle Menschen in Deutschland.

Ein Kernthema des Abends war die Situation in der Ukraine und die Frage nach Waffenlieferungen. Marie-Agnes Strack-Zimmermann machte deutlich, dass die Verteidigung der Ukraine enorm wichtig für Europas Sicherheit sei. Dabei käme es nicht auf ein bestimmtes Waffensystem an, sondern darauf, der Ukraine die Möglichkeit zur Selbstverteidigung zu geben, pflichtete auch Sergey Lagodinsky bei. Der Grünen-Politiker betonte, wie vordringlich es sei, sich über parteipolitische Grenzen hinweg für die Demokratie in Europa – und damit gegen autoritäre Einflüsse – stark zu machen. Dennis Radtke fügte hinzu, dass die Grundlage einer guten Zusammenarbeit für die Demokratie Kompromissfähigkeit sei, man diese aber nicht mit Orientierungslosigkeit verwechseln dürfe. Mit Blick auf die Zukunft sei entschiedeneres Handeln nötig, zum Beispiel mit Blick auf Sanktionen für russische Oligarchen. Weitere Themen des Abends waren die Migration, die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und der European Green Deal.

Im Anschluss an die Diskussion sprach Ilka Wölfle, Vorstandsvorsitzende der Europa-Union Brüssel, das Schlusswort: Trotz aller Kontroversen seien für ein starkes und wertorientiertes Europa Solidarität, Toleranz und gemeinsames Handeln unabdingbar. Der Holocaust-Gedenktag, mit dem dieser Abend zufällig zusammenfiel, verdeutliche, dass es bei dieser Wahl darauf ankomme, unsere demokratischen Werte für zukünftige Generationen zu schützen.

Verantwortlich: Katrin Büchler

Luxemburg

Zu Gast bei der Hochschule Trier

Der Vorsitzende der Europa-Union Luxemburg referierte am 6. Dezember an der Hochschule Trier (University of Applied Sciences). Zum einen hielt Stefan Kohler einen Fachvortrag über Auktionen am Kapitalmarkt, in



Foto: EUL

dessen Rahmen er über seine Tätigkeit als EU-Beamter berichtete. Danach gab er Einblicke

in sein ehrenamtliches Engagement als Gründer und Vorsitzender der Europa-Union Luxemburg. Die Resonanz war sehr positiv. Wir bedanken uns bei Prof. Dr. Björn Kirsten und Prof. Dr. Sebastian Geißel für die Einladung.

Verantwortlich: Stefan Kohler

Bremen

Terrorismusexperte zu Gast

Der Terrorismusforscher Peter R. Neumann vom King's College London war am 6. Februar Gast bei der Europa-Union Bremen. Bei einer gut besuchten Veranstaltung mit über 80 Gästen im Theater Bremen stellte der Wissenschaftler und public intellectual sein neues Buch „Die Rückkehr des Terrors – Wie uns der Djihadismus herausfordert“ vor. Neumann hat untersucht, wie djihadistischer und rechtsextremistischer Terror gezielt Angst und Schrecken verbreiten und verbreiten wollen. Der djihadistische Terror stärkte somit auch die rechtsextremen Partei-



Terrorismusexperte Peter R. Neumann mit Landesvorsitzender Dr. Helga Trüpel, die durch das Gespräch führte
Foto: EUD Bremen

en wie die AfD, weil sie sich von der Verunsicherung und der Angst in der Bevölkerung nähren. Offene Gesellschaften dürften nicht den Islam als solchen verurteilen, sondern müssen islamistische Gefährder entdecken und unschädlich machen. Die Integration von Muslimen und das Eindämmen von islamistischen Terroristen seien zwei notwendige Strategien. Die Polizei müsse mehr im Internet unterwegs sein, um Radikalisierungen zu erkennen und zu bekämpfen.

Es war ein sehr gelungener Abend mit einem höchst zufriedenen Publikum, das für eine lebendige und interessierte Diskussion sorgte. Dank gilt dem Theater Bremen für die Kooperation und dem Buchladen Oster für den schönen Büchertisch.

Verantwortlich: Dr. Helga Trüpel

Brandenburg

Landkreis Dahme-Spreewald

Kandidierende im Kreuzverhör: 11. Februar. 17.30 Uhr. Die Spannung steigt. Wird sich der Saal im Volkshaus Wildau füllen? Am Ende sind es an die 100 Interessierte, die zu dieser Veranstaltung zusammenkommen. Fünf Direktkandidatinnen und -kandidaten für den Deutschen Bundestag im Wahlkreis 62 (Landkreis Dahme-Spreewald und große Teile von Teltow-Fläming) sind angetreten. Eingeladen wurden die im Bundestag vertretenen Parteien, die Direktkandidaten nominiert hatten. Anja Soheam (SPD), Jana Schimke (CDU), Robert Kosin (Linke), Andrea Lübcke (Grüne) und Jean-Paul Kley (FDP) wagen sich in die Arena. Steffen Kotré von der AfD war zwar eingeladen, hatte aber nicht reagiert. Das BSW hatte keinen Direktkandidaten nominiert.

Im Mittelpunkt stehen hauptsächlich Fragen zur Wirtschafts-, Migrations- und Sicherheitspolitik, die in den ersten Runden allen Kandidierenden Raum geben, ihre Standpunkte und deren Auswirkungen auf Europa ausführlich darzulegen. Die Diskussion wird von den beiden Co-Vorsitzenden des Europa-Union-Kreisverbandes LDS, Dr. Oliver Strank und Dirk Thomas Wagner, geleitet.



Kandidatinnen und -kandidaten des Wahlkreises 62 stellten sich den Fragen des Publikums. Foto: EUD LDS

Im zweiten Teil der Diskussion, dem sogenannten „Kreuzverhör“, wird es dann etwas weniger komfortabel und die Podiumsgäste sind gezwungen, sehr konkret Farbe zu bekennen.

Besonders lebhaft wird es dann im dritten Teil der Veranstaltung, als Fragen aus dem Publikum zugelassen sind. Diese Fragen haben dann nicht unbedingt mit Europa zu tun, zeigen aber, dass Themen wie z. B. die Pflege oder die Krankenhausreform, die im Wahlkampf nicht oder nur nachgeordnet vorkamen, die Menschen stark bewegen.

Dirk Thomas Wagner zieht Bilanz: „Das war eine sehr gut besuchte und gelungene

Veranstaltung. Außer einer weiteren Veranstaltung am BER waren wir die einzige Organisation, die in diesem Bundestagswahlkampf eine Podiumsdiskussion im Wahlkreis 62 angeboten hat. Wir sind sehr stolz darauf, dass wir die Veranstaltung mit einem weiteren Neueintritt krönen konnten.“

Der Kreisverband arbeitet nun mit Hochdruck an einer hochkarätig besetzten Veranstaltung zur veränderten Sicherheitslage in Europa, die im April oder Mai stattfinden wird.

Der Wahlkreis wurde am 23. Februar übrigens von Steffen Kotré (AfD) gewonnen.

Verantwortlich: Dirk Thomas Wagner

Berlin

„Blauer Bär“ für Kiezspaziergänge

Wir haben ihn! Er wurde uns am 5. Dezember in der ufaFabrik in Berlin-Tempelhof überreicht: der Blaue Bär. Wir – das ist das Team Europäische Kiezspaziergänge der Europa-Union Berlin (EUB). Alljährlich ehren das Land Berlin und die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland mit der begehrten Trophäe Berlinerinnen und Berliner, die sich etwas Besonderes haben einfallen lassen, um die Idee eines vereinten Europas erlebbar zu machen.

15 Bewerbungen standen zur Auswahl. Die Projekte waren so vielfältig wie Europa selbst. Alle Gruppen, Vereinigungen und Engagierte, die sich am Wettbewerb beteiligten, konnten sich vorab in einer Ausstellung im Foyer mit ihren Ideen und Zielen präsentieren. Erstmals durften auch die Besucher für die von ihnen favorisierte Projektidee votieren.

Der Rahmen war festlich. Die Laudatio hielten Barbara Gessler, Leiterin der Vertretung der EU-Kommission, und Florian Hauer, Staatssekretär für Bundes- und Europaanlässen in der Berliner Senatskanzlei. Der Leitgedanke der diesjährigen Preisverleihung: Europa muss „von unten nach oben“ gelebt und erfahren werden.

In diesem Jahr wurden vier Blaue Bären vergeben, verbunden mit einem Preisgeld von insgesamt 13.000 Euro. Alle Bewerbergruppen wurden auf die Bühne gebeten, erhielten Urkunden und eindrucksvolle Blumensträuße. Fotoapparate und Handys klickten.

Es wurde spannend. Die drei ersten Preise waren von einer Jury ausgewählt worden; die EUB ging leer aus. Dann aber, als es um den in diesem Jahr erstmals von der Mehrheit der Publikumsstimmen bestimmten – und damit besonders ehrenvollen – Blauen Bären ging, brach Jubel aus. Das Team Kiezspaziergänge der EUB hatte den vierten Blauen Bären gewonnen!



Gewonnen! Das Team Kiezspaziergänge freut sich über den Publikumspreis „Blauer Bär“

Foto: Alexis Gshtrayn

Die kleine blaue Figur, die wir nun strahlend hochhalten durften, ist eine kleine Ausgabe der Berliner Buddy-Bären, die im Großformat als Stadtbotschafter Berlins an vielen Orten weltweit für ein friedliches Miteinander stehen. Eine wirklich schöne Würdigung für viele Stunden ehrenamtlicher Arbeit bei der Vorbereitung und Durchführung der europäischen Kiezspaziergänge – und ein unvergesslicher Abend für alle Beteiligten!

Verantwortlich:

Dr. Hans Jörg Schrötter/Lisa Kühn

Meckl.-Vorpommern

Eine Europabank geht ihren Weg!

Am 6. Februar hatte der Landesvorstand zu einem Empfang am und im Wiekhaus der Europa-Union Mecklenburg-Vorpommern eingeladen. Die erschienenen Gäste kamen aus den EUD-Kreisverbänden und als Vertreter der Verwaltung und der kulturellen Einrichtungen Neubrandenburgs sowie des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte.

Der Landesvorsitzende Prof. Dr. Robert Northoff MdL hob in seiner Begrüßungsrede die große Bedeutung der Informations- und Vermittlungsarbeit zu den Entwicklungen in der Europäischen Union hervor, die durch den Landesverband und seinen „Bildungsring Europa“ geleistet werde. Im Anschluss an seine Worte erfolgte vor dem Wiekhaus 53 die Enthüllung und Einweihung der ersten „Europabank“ in Neubrandenburg. Die



Die Europabank vor der Landesgeschäftsstelle in Neubrandenburg lädt zum Verweilen und Reden ein.

Foto: Annette Suchanow-Krull

Bank lädt ein zum Platznehmen und zum Reden über persönliche, örtliche, regionale, nationale und internationale Probleme.

Die Veranstaltung wurde mit einem „Get-together“ – einem geselligen Zusam-

mensein – bei Krapfen, Schnittchen, Glühwein, Sekt und vielfältigen Diskussionen im und vor dem Haus des Landesverbandes fortgesetzt.

Verantwortlich: Prof. Dr. Joachim Gasielki

Schleswig-Holstein

Schleswig-Holstein gegen rechts

In Schleswig-Holstein (SH) sind in den Wochen vor der Bundestagswahl tausende Menschen auf die Straße gegangen, um für Demokratie und gegen Rechtsextremismus zu demonstrieren. Von Leck und Flensburg über Heide, Rendsburg und Neumünster bis Kiel, Eutin und Lübeck: nahezu überall im Land wurden Demonstrationen, Kundgebungen oder Menschenketten organisiert, um klar zu machen, was die schleswig-holsteinischen Bürgerinnen und Bürger von Nationalisten und Demokratiefreunden halten – nämlich nichts.

Unter dem Motto „Jetzt erst recht!“ versammelten sich z. B. in Lübeck rund 4.000 Menschen auf dem Marktplatz. In Eutin hatte ein breites Bündnis eine Menschenkette organisiert, an der sich laut Polizei rund 2.000 Menschen beteiligten. In Neumünster konnte der „Runde Tisch für Toleranz und Demokratie“ eine Kundgebung auf dem Großflecken organisieren, in Kappeln zogen über 1.500 Menschen von der Innenstadt in den Hafen und in Kiel kamen mehrere hundert Menschen zusammen, um auf dem Rathausplatz ein Zeichen für Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit zu setzen. Unter den Rednerinnen waren auch die Landesvorsitzende der Jungen Europäischen Föderalist*innen SH, Pia Levermann, sowie die stellv. Landesvorsitzende der Europa-Union und Präsidentin der Europäischen Bewegung SH, Martina Fey. Sie betonte, dass die Bundesrepublik für die friedlichste, fortschrittlichste und wohlhabendste Zeit unserer Geschichte stehe und dass wir nicht auf die Lügen der Rechten hereinfliegen dürften.

Zulauf erhielten die Aktionen auch durch die umstrittene Bundestagsabstimmung vom 29. Januar 2025, bei dem die Union bewusst auf die Stimmen der AfD-Fraktion setzte, um eine Mehrheit zu erreichen. Auch bei den genannten Demos und Kundgebungen wurde der Ärger über diese Abstimmung deutlich. So musste die Kieler CDU-Bundestagskandidatin Magdalena Drewes reichlich Pfiffe und Buh-Rufe über sich ergehen lassen, obwohl sie mit der Abstimmung gar nichts zu tun

hatte. Die Feinde der Demokratie werden weiter Kapital aus solchen Situationen schlagen und versuchen, die Gesellschaft weiter zu spalten. Lassen wir nicht zu, dass die politischen Ränder gesellschaftliche Debatten bestimmen und treten wir weiter gemeinsam für unsere Werte ein.



Kundgebung in Kiel

Europa- Klassenfahrten

Die Europa-Union Schleswig-Holstein bleibt in Sachen politische Bildungsarbeit ein wichtiger Player im nördlichsten Bundesland. Das zeigt die ungebrochene Nachfrage der Schulen nach unseren Workshops und Planspielen. Ein besonderes Highlight stellen dabei jedes Jahr die Europa-Klassenfahrten in die Gustav-Heinemann-Bildungsstätte nach Bad Malente dar. Unter dem Motto „Deine Zukunft – Deine Meinung“ kommen Schülerinnen und Schüler mehrerer Schulen für jeweils zweieinhalb Tage zusammen, um sich



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der diesjährigen „Europa-Klassenfahrten“ nach Bad Malente
Beide Fotos: EUSH

intensiv mit der europäischen Politik auseinandersetzen und sich eine eigene Meinung zu bestimmten Fragestellungen zu bilden.

Vom 17. bis 21. Februar waren in diesem Jahr insgesamt gut 80 Schülerinnen und Schüler aus drei schleswig-holsteinischen Schulen mit dabei: vom Küstengymnasium Neustadt i. H., von der Friedrich-List-Schule Lübeck sowie von der Sachsenwaldschule Reinbek. Neben der Vermittlung europapolitischer Grundlagen standen auch ein Quiz und ein Planspiel auf dem Programm. Bei Letzterem zeigten mehrere Verhandlungsrunden eindrucksvoll, wie schwierig es sein kann, einen Konsens zwischen verschiedenen Positionen zu finden. Erst recht, wenn es um ein so heikles Thema wie Fake News geht. Die Jugendlichen schlüpften in die Rollen von Mitgliedern des Europäischen Parlaments und mussten dabei nicht selten Positionen vertreten, die sie selbst gar nicht teilen. Umso wichtiger war es, aus der eigenen Komfortzone herauszukommen und die Abläufe der Mehrheitsbeschaffung in der Demokratie nachzuvollziehen.

Für die Ausgestaltung der Projektarbeiten ging es in verschiedene Kleingruppen. Neben der Migrations- oder der Erweiterungspolitik lag ein Schwerpunkt auf der europäischen Sicherheitsarchitektur. Abschließend konnten die Schülerinnen und Schüler ihre ganz persönlichen Fragen unter anderem an ehemalige Landtagsabgeordnete richten, die ein bisschen aus dem Nähkästchen plauderten und einen spannenden Einblick in den politischen Alltag ermöglichten.

Verantwortlich:
Ralf Rose

Niedersachsen

Politik in der Vertrauenskrise

Die Volkshochschule und Bildungsstätte „Freudenburg“ in Bassum (Kreis Diepholz) war nach gut zehnjähriger Pause wieder Tagungsort des Landesvorstands anlässlich seiner turnusgemäßen Klausurtagung. Inhaltlicher Schwerpunkt war die Vorstellung der Ergebnisse des Niedersächsischen Demokratie-Monitors von 2023 unter dem Motto „Politik in der Vertrauenskrise“. Referent Philipp Harfst von der Georg-August-Universität Göttingen (Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen) fasste zusammen: „Ein zunehmender Anteil der Bevölkerung schätzt die eigenen Zukunftsaussichten zunehmend schlecht ein.“

Wichtigste Probleme seien Migration/Zuwanderung, die Klimakrise, steigende (Energie-)Preise, Krieg, Soziales und Inflation. „Viele Menschen meinen, dass ihre Probleme von der Politik nicht wahrgenommen werden, sind aber trotzdem durchaus überzeugt, dass Politik etwas ändern kann“, erläuterte der Referent. Unzufriedenheit sei vor allem mit der Politik auf Bundesebene (44 Prozent) und mit der EU-Ebene (36 Prozent) beobachtbar. Bei Gemeinde- und Landespolitik sind die Werte deutlich besser, vor allem mit der Lokalpolitik gibt es die größte Zufriedenheit. „Das Gefühl des Abgehängtseins empfinden viele Menschen, die für den Demokratie-Monitor befragt wurden, in Bezug auf die Bundespolitik besonders stark, und dies ist insbesondere in ländlich geprägten Regionen an den Grenzen Niedersachsens beobachtbar“, so Harfst. Polarisierende Themen sind laut Harfst die Verkehrsverlagerung auf ÖPNV, Flüchtlingsaufnahme und Kapitalismuskritik. Die Bekämpfung des Klimawandels wird vor allem in Großstädten als bedeutsam angesehen. In Niedersachsen

seien allerdings nur geringe rechtsextreme Tendenzen beobachtbar.

Weitere Themen der Klausurtagung waren u. a. die Terminierung der Arbeitsvorhaben 2025, Finanzen, Mitgliederwerbung, Öffentlichkeitsarbeit und Soziale Medien. Zudem sollen weitere Kreisverbände reaktiviert werden.

Hameln und Bad Pyrmont

Gemeinsamer Weg mit neuer JEF: „Deutschland wählt, Europa zählt“. Gemäß dem Motto der EUD forderten die Hamelner auf ihrer Mitgliederversammlung dazu auf, Europa stärker in den Fokus des Bundestagswahlkampfes zu stellen. Die Parteien sollten, so Kreisvorsitzender Cord Wilhelm Kiel, ihre europapolitischen Ziele klarer kommunizieren.

Parallel zum Treffen der Europa-Union gründeten Schülerinnen und Schüler die Jungen Europäischen Föderalisten Hameln-Pyrmont. Vorsitzender wurde Cenk Yilmaz (17), Stellvertreter Linus Sturm (17). „Wir wollen jungen Menschen klarmachen, dass die EU nicht selbstverständlich ist“, erklärt Yilmaz. Sturm be-



Die neu gegründete JEF Hameln-Pyrmont auf der Mitgliederversammlung der Europa-Union Hameln mit dem Kreisvorsitzenden Cord Wilhelm Kiel
Foto: Rüdiger Zemlin

dauert, die EU werde vielfach diffamiert: „Die Grundidee der Verständigung und Zusammenarbeit muss wieder präsenter werden.“ Auch die heimische Europa-Union will sich stärken: Sie wird sich zum Kreisverband Hameln-Pyrmont zusammenschließen. Bisher gab es hier mit den Gruppierungen in Hameln und Bad

Pyrmont eine Doppelgleisigkeit.

Oldenburg

Diskussionsrunde zur Bundestagswahl: Am 14. Februar fand im Alten Landtag in Oldenburg eine Gesprächsrunde zur Bundestagswahl statt. Die Veranstaltung wurde durchgeführt von der örtlichen Volkshochschule in Kooperation mit den Europäischen Föderalisten Oldenburg, deren Vorsitzender Peter Meiwald moderierte. Ziel war es, angesichts der derzeitigen vielfältigen Herausforderungen wie Frieden/Sicherheit, Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit, Flüchtlinge/Asyl, Klimaschutz und Rente/Alterssicherung einen Beitrag für eine qualifizierte Wahlentscheidung zu leisten.



Die Oldenburger Kandidaten zur Bundestagswahl (v. l.): Dr. Thorsten Renken (BSW), Arne Brix (Die Linke), Dr. Alaa Alhamwi (Bündnis 90/Die Grünen), Dennis Rohde (SPD), Moderator Peter Meiwald, Andreas Werner (Volt), Carsten Helms (FDP), Stephan Albani (CDU), Andreas Paul (AfD)

Foto: Anke Fink-Heinemann

Über 200 interessierte Gäste nahmen an der Veranstaltung teil. Nachdem die Kandidierenden sich vorgestellt, Fragen beantwortet und Statements zu vorstehenden Themen abgegeben hatten, folgte ein äußerst intensiver Dialog zwischen Gästen und politischen Akteuren, in dessen Verlauf den Anwesenden an vielen Punkten deutlich wurde, wer angesichts der großen Herausforderungen, vor denen Deutschland in Europa aktuell steht, wählbar ist – und wer eher weniger. Die Veranstaltung wurde vom lokalen Fernsehsender O-Eins aufgezeichnet, mehrfach gesendet und ist auf YouTube unter <https://youtu.be/5Hpf9a6l5m4> zu sehen.

Verantwortlich: Cord Wilhelm Kiel

Nordrhein–Westfalen

Beteiligung an Kampagne

Die Europa-Union Nordrhein-Westfalen beteiligte sich an der Kampagne „Deutschland wählt, Europa zählt“ zur Bundestagswahl, die gemeinsam von der Europa-Union und der JEF Deutschland ins Leben gerufen wurde. Zu den vielfältigen Aktionen und Veranstaltungen zählten Podiums- und Publikumsdiskussionen in Düsseldorf (10.02.) und in Bochum (11.02. hybrid) sowie eine vom Kreisverband Bocholt organisierte Wahlarena mit Kandidatinnen und Kandidaten. Einen „Europäischen Wahlrückblick“ gab es im Rahmen einer Online-Veranstaltung am 8. März.

Die Kampagne „Deutschland wählt, Europa zählt“ in NRW wurde von der Landesinitiative Europa-Schecks des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien und Chef der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen unterstützt.

Haan

Ausflug in die belgische Spitzenküche: Wer denkt, die belgische Küche beschränke sich auf Pommes und Frittiertes, wurde bei einem Kochevent der Europa-Union Ende November eines Besseren belehrt. Die beiden Sterneköche Peter Kannemann und Steffen Borth haben die Teilnehmer mit ihrem Können kulinarisch verzaubert. An diesem „belgischen“ Abend machte eine delikate Lauch-Rucola-Cremesuppe den Anfang. Als Hauptgang folgte Skrei auf Muschelragout – ein wahres Meisterwerk! Diesem Gericht folgte eine für alle überraschende Lachs-Grünkohl-Quiche. Den unwiderstehlich süßen Abschluss bildete die „Kerstvlaai“ – eine traditionelle Weihnachts-Tarte. Der gemeinsame Kochabend bot eine kulinarische Reise durch die vielseitige belgische Küche, die die Sterneköche meisterhaft gestaltet haben. Wer das Menü nachkochen möchten, kann das Rezept auf der Webseite der Europa-Union Haan herunterladen.

Besuch im Landtag: Am 19. Dezember besuchte die Europa-Union Haan den NRW-Landtag in Düsseldorf. Die 25 Teilnehmer informierten sich über Geschichte und Aufgaben des Landtages und verfolgten auf der Besuchertribüne die laufende Plenarsitzung. Anschließend bestand Gelegenheit zu einem Gespräch mit dem Landtagsabgeordneten Dr. Christian Untrieser über die aktuelle Landes- und Europapolitik.

Gesprächskreis: Ende Januar hat der Kreisverband die beliebte Vortragsreihe zur Europäischen Union in Kooperation mit der VHS Hilden-Haan fortgesetzt. Der offene Gesprächskreis trifft sich monatlich, um in gemeinsamer Runde die aktuellen europarelevanten Ereignisse zu erörtern. Bei der ersten Veranstaltung des Jahres 2025 mit Prof. Dr. Horst A. Wessel ging es um das deutsch-französische Verhältnis.

Bonn/Rhein-Sieg

Neue europäische Institution in Bonn: Im November lud die Europa-Union Bonn/Rhein-Sieg in Kooperation mit dem Gustav Stresemann Institut (GSI) zu einer Podiumsdiskussion über die europäische Kooperation in der Wetter- und Klimaforschung. Referenten des Europäischen Zentrums für mittelfristige Wettervorhersage (EZMW), des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr und des Deutschen Wetterdienstes hoben die Bedeutung präziser Wettervorhersagen hervor und zeigten die große politische und

gesellschaftliche Relevanz von Wetter- und Klimaentwicklung auf. Der Leiter des EZMW-Standorts Bonn, Vincent Peuch, betonte, dass sich seit 1975, dem Jahr der Gründung des EZMW im englischen Reading, die Wettermodelle stetig verbessert hätten. Der Brexit habe bewirkt, dass der am Hauptsitz Reading geplante Ausbau auf EU-Boden verlagert worden sei mit neuen Zweigstandorten in Bonn und Bologna. In der Diskussion wurde sehr deutlich, welchen Vorteil es hat, solche universellen Dienste gemeinschaftlich europäisch aufzubauen. Moderator Udo Kremer, stellv. Kreisvorsitzender, wünschte dem EZMW Bonn abschließend „Bonn' Chance“.

Herne

Deutsch-Französischer Tag: Der Städtepartnerschaftsverein Herne lud am 25. Januar in die Künstlerzeche „Unser Fritz“ zum Deutsch-Französischen Tag. Der Geschäftsführer der Europa-Union Herne, Jürgen Hattendorf, stellte in einer Rede die Grundlagen der deutsch-französischen Freundschaft und in der Podiumsdiskussion die Bedeutung der Städtepartnerschaften dar, die beide eine wesentliche Rolle für die Entwicklung der Europäischen Union spiel(t)en, nicht zuletzt die Städtepartnerschaft zwischen Herne und Hénin-Beaumont. Die Veranstaltung bot die Möglichkeit zu einem regen Austausch mit und zwischen den mehr als 60 Teilnehmenden.

Verantwortlich: Daniela Vogt



Gesprächsrunde zur europäischen Kooperation im Bereich Wettervorhersage und Klimaforschung

Foto: Benedikt Flinkerbusch



Rheinland-Pfalz

Trier

Sieben auf einen Streich: Der Kreisverband Trier der Europa-Union veranstaltete am 6. Februar eine Podiumsdiskussion zur anstehenden Bundestagswahl. Der Vorsitzende des Kreisverbandes, Matthias Rothengass, konnte gleich sieben Kandidatinnen und Kandidaten vorstellen: Verena Hubertz (MdB, SPD), Corinna Rüffer (MdB, Bündnis 90/Die Grünen), Dominik Sienkiewicz (CDU), Gerd Benzmüller (FDP), Lin Lindner (Die Linke), Niels Becker (Freie Wähler) und Marcel Philipps (AFD). Rothengass hob den Einfluss der Bundestagswahl und ihres Ausgangs auf die Europäische Union hervor und freute sich, dass Prof. Dr. Joachim Schild, Inhaber des Monnet-Lehrstuhls an der Universität Trier, die Moderation der Podiumsdiskussion übernommen hatte.

Zu der Veranstaltung hatten sich ca. 80 Wählerinnen und Wähler in den Räumlichkeiten der Evangelischen Studentinnen- und Studenten-Gemeinde bei der Uni Trier eingefunden, die auch demographisch ein buntes Abbild der Gesellschaft widerspiegeln.

Zunächst stellte Moderator Schild den einzelnen Podiumsgästen Fragen zu den Themenkomplexen Wirtschafts- und Sozialpolitik, Umwelt-/Klimapolitik, Außen-/ Sicherheitspolitik und Migrationspolitik, ehe in der zweiten Hälfte der ca. zweistündigen Veranstaltung die Zuhörerinnen und Zuhörer ihre Fragen platzieren konnten. Es entwickelte sich eine teils lebhaft, aber immer



Kreisvorsitzender Matthias Rothengass bei der Eröffnung der Veranstaltung Foto: EUD Trier



„Einigkeit und Recht und Freiheit“: Erinnerung an den Mauerfall und Auftrag für die Gegenwart – dafür steht der gepflanzte Baum für die Paten der Europa-Union Worms. Foto: EUD Worms

konstruktive Diskussion, bei der die unterschiedlichen Politikansätze der Parteien und ihrer Vertreterinnen und Vertreter deutlich hervortraten. Aber es gab auch Momente, in denen das offizielle Wahlprogramm der Parteien nicht wirklich zu erkennen war.

So war der Abend für die noch Unentschlossenen ein guter Input für ihre Entscheidungsfindung, während die Gruppe der Entschlossenen wahrscheinlich ihr Meinungsbild gefestigt sah.

Worms

Baumpatenschaft: Anlässlich des Mauerfalls vor 35 Jahren übernahm die Europa-Union Worms erneut eine Baumpatenschaft im Albert-Schulte-Park. Gepflanzt wurde an der Ecke Gau-/Renzstraße eine robuste Ungarische Zerreiche. Vereinsvorsitzender Dr. Jörg Koch erläuterte die Vorgeschichte des historischen Tages und die Folgen, die unmittelbar in die Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 mündeten. Die anwesenden Mitglieder konnten sich noch genau an den 9. November 1989 erinnern, so sehr hat sich das einmalige Ereignis ins kollektive Gedächtnis eingeschrieben. Koch erinnerte an die damals guten deutsch-russischen Beziehungen und die Aufbruchstimmung in Europa. „Einigkeit und Recht und Freiheit“ – so der Text auf dem Metallschild am Baum – schien Ende des 20. Jahrhunderts verwirklicht. Die Gegenwart sieht anders aus; umso wichtiger ist es den Mitgliedern der Europa-Union für Frieden, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit einzustehen, so Jörg Koch.

Mainz

Inauguration von Donald Trump: Am 20. Januar fand die Inauguration von Donald Trump zum 47. Präsidenten der Vereinigten Staaten statt. Diese Präsidentschaft hat bereits bestehende Gewissheiten hinterfragt und bringt signifikante Herausforderungen für Deutschland und Europa mit sich. Neue Zölle und eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben wurden thematisiert, während gleichzeitig die Hoffnung auf ein Ende des Ukraine-Kriegs geäußert wurde.

Die Europa-Union Mainz hatte zu einer Live-Schalte der Inaugurationsfeier eingeladen, die im Gutenberg Digital Hub in Mainz stattfand. Zahlreiche Interessierte folgten der Übertragung, während der Politiker und Amerikanist Johannes Kломann als Gast eingeladen war, um seine Kommentare und Analysen zu den Auswirkungen von Trumps Präsidentschaft auf Europa und die Welt zu teilen.



Gastreferent Johannes Kломann (l.) und Kreisvorsitzender Gerd Schreiner Foto: Maike Mahlzahl

Die Veranstaltung bot eine Plattform für anregende Diskussionen und einen Austausch von Meinungen über die möglichen Veränderungen, die die politische Wende mit sich bringen könnte. Es war ein informativer Abend, der die Anwesenden dazu anregte, über die Zukunft der transatlantischen Beziehungen nachzudenken.

Verantwortlich: Lisa Mandau

Hessen

2000 Kilometer durch Hessen

Seit ihrer einstimmigen Wahl zur neuen Landesvorsitzenden geht Ute Wiegand-Fleischhacker auf Tour durch das Bundesland und trifft dabei nicht nur Aktive aller Kreisverbände, sondern auch neue und bewährte Europa-Partner. Im November standen die Kreisverbände Offenbach, Schlüchtern-Gelnhausen und Bergstraße sowie die Europäische Akademie Schlüchtern auf dem Programm, im Dezember der KV Gießen, der KV Oberlahn, Gespräche im Hessischen Landtag und ein Austausch mit dem KV Darmstadt-Dieburg und dem Landesvorstand der JEF Hessen. Im Januar folgten die Kreisverbände Wetterau, Kassel und Hochtaunus, im Februar ein Gespräch mit der Landtagspräsidentin Astrid Wallmann (CDU) und ein Besuch beim KV Lahn-Dill. In den nächsten Wochen wird Wiegand-Fleischhacker die verbleibenden Kreisverbände zum Gespräch treffen wie auch relevante Partner vom Europakomitee, der Landeszentrale für politische Bildung u. a.

24 Stunden Europa

Wenige Wochen nach der Konstituierung des neuen Landesvorstands trafen sich die Mitglieder zur Klausurtagung in Frankfurt.

Los ging's mit einem Fotoshooting durch Vasili Präser, der die Gewählten ins rechte Licht rückte.

Ein Hintergrundgespräch mit René Brosius, Pressesprecher des Hessischen Ministeriums für Europa- und Bundesangelegenheiten, bot Gelegenheit zum Austausch. Brosius, der die Grüße von Ministerpräsident Boris Rhein und Europaminister Manfred Pentz überbrachte, skizzierte die Sicht der Landesregierung auf die aktuelle Lage der Europäischen Union. Die Vorteile des EU-Binnenmarkts wurden ebenso beschrieben wie die Zerrissenheit der Union als Ganzes aufgrund fehlender politischer Führung durch bedeutende Staaten wie Frankreich und Deutschland. Druck erlebe

die Union nicht nur aus Russland oder China, sondern auch von den USA als Hauptverbündetem. Die neue US-Präsidentschaft wurde als „unvorhersehbar“ eingeschätzt. Überparteilicher Konsens bestand auch in der Erwartungshaltung an eine neue Bundesregierung, die im europäischen Kontext für Einigkeit und eine gemeinsame Haltung in der Außen- und Sicherheitspolitik eintreten müsse.

Bei einer Podiumsdiskussion unter dem Titel „Deutschland vor der Wahl“ standen die europapolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen, Dr. Matthias Büger (FDP), Angela Dorn (Bündnis 90/ Die Grünen), Stephan Grüger (SPD) und Tobias Utter (CDU), Rede und Antwort.

Zu Gast war auch die Generalkonsulin der Republik Irland, Anne-Marie Flynn. Sie stellte die äußerst proeuropäische Perspektive der Inselrepublik vor, erläuterte die Arbeit des 2019 gegründeten Konsulats und berichtete begeistert von den Vorbereitungen der EU-Ratspräsidentschaft der Republik für das 2. Halbjahr 2026.

In der internen Beratung standen auf der Agenda die Jahresplanung ebenso wie Maßnahmen zum Erhalt und der Belebung der in der Fläche breit vorhandenen Kreisverbände, von denen viele schon ihr 60-, 70- oder 75-jähriges Bestehen feiern können.

Am Rande der Tagung gab es viel Raum für Austausch und Vernetzung zwischen den Landesvorstandsmitgliedern, den Kreisverbänden und der JEF Hessen.

Im Gespräch mit Arthur Landwehr

400 Zuhörer und Diskutanten, darunter knapp 200 Schüler, hatten in Fulda und Wetzlar die Gelegenheit, mit einem wahren Amerika-Experten zu sprechen: Arthur Landwehr war langjähriger ARD-Hörfunk-Korrespondent in Washington D.C. In den USA hat er die politische und gesellschaftliche Entwicklung in den Amtszeiten von Clinton, Bush, Trump und Biden intensiv journalistisch begleitet. Für sein neues Buch „Die zerrissenen Staaten von Amerika“ sprach er mit akademischen

Großstädtern ebenso wie mit den „einfachen Leuten der amerikanischen Mittelschicht vom Land“.

In der Diskussion verband er persönliche Erlebnisse mit politischer Analyse, ohne dabei Position zu beziehen. Denn: Er bietet nur Fakten, stellt Fragen und lädt ein, sich individuell eine Meinung zu bilden. Er offenbart einen Kulturkampf, der die USA zu zerreißen droht. Im Mittelpunkt: die Abstiegsangst der Weißen und das zunehmende Selbstbewusstsein von Schwarzen und Hispanics, der Mythos vom Cowboy und die Sehnsucht, die amerikanische Freiheit bis heute mit Waffen verteidigen zu dürfen.

Sven Ringsdorf ausgezeichnet

Aus den Händen der Landesvorsitzenden Ute Wiegand-Fleischhacker erhielt Sven Ringsdorf die Goldene Ehrennadel der Europa-Union Deutschland.

Ringsdorf engagiert sich seit frühester Jugend (seit 2005) in den Bereichen Europa, Partnerschaften, Kultur- und Jugendarbeit. Der 35-Jährige habe sich damit in außerordentlicher Weise bereits seit 20 Jahren ehrenamtlich für das Gemeinwohl eingesetzt, so Wiegand-Fleischhacker in ihrer Würdigung. Als Jugendleiter und Schriftführer der Deutsch-Italienischen Gesellschaft Mittelhessen war er insbesondere in der Partnerschaftsarbeit in Wetzlar und im Bereich der deutsch-italienischen Verständigung engagiert. Ab 2009 betätigte sich Ringsdorf auch in der Europa-Union, seit 2013 als Kreisvorsitzender im Lahn-Dill-Kreis, seit 2015 als Landesgeschäftsführer, seit 2018 zusätzlich als stellv. Landesvorsitzender.

Sven Ringsdorfs Engagement wurde 2020 durch den Hessischen Ministerpräsidenten mit dem „Ehrenbrief des Landes Hessens“ gewürdigt. 2023 erhielt er die „Silberne Ehrennadel“, nun folgte die „Goldene Ehrennadel“. Ringsdorf gehört bei allen drei Auszeichnungen zu den jüngsten Preisträgern.

Verantwortlich: Sven Ringsdorf

Baden–Württemberg

Jahresauftakt des Landesverbandes

Neujahrsempfang: Auf Einladung des Landtags fand in diesem Jahr der Neujahrsempfang von Europa-Union, JEF und Landeskomitee der Europäischen Bewegung Baden-Württemberg statt. In ihrer Eröffnungsrede hob die Landesvorsitzende der Europa-Union, Evelyne Gebhardt, die Notwendigkeit eines gemeinsamen Europas hervor. Sie rief den mehr als 270 Anwesenden zu, sich dem zunehmenden Populismus entgegenzustellen. In ihrem Impuls betrachtete die Präsidentin des baden-württembergischen Landtags, Muhterem Aras MdL, das Jahr 2025 aus europäischer Sicht. Sie betonte dabei die Notwendigkeit, dass Europa lernen müsse, auf eigenen Beinen zu stehen. Weiter forderte die Landtagspräsidentin dazu auf, die Demokratie und damit auch die Freiheit zu verteidigen. Die Schlussworte sprach die Landesvorsitzende der Jungen Europäer – JEF, Sarah Reisinger. Schwerpunkt ihrer Rede waren der Beginn der föderalistischen Jugendarbeit im Jahr 1950 und damit die Anfänge der JEF, die heuer ihren 75. Geburtstag feiert.



Ehrengäste beim Neujahrsempfang

Foto: EUBW

Gemeinsame Vorstandssitzung: Die Landesvorstände von Europa-Union und JEF trafen sich zu ihrer jährlich stattfindenden gemeinsamen Sitzung im Europahaus Stuttgart. Dort legten sie ihr Arbeitsprogramm für 2025 fest und sprachen über

aktuelle Themen der Zusammenarbeit zwischen beiden Verbänden.

Austausch mit Landtagsfraktionen: Die Europaverbände in Baden-Württemberg setzten den Dialog mit den Landtagsfraktionen in Treffen mit den Europa-Arbeitskreisen von Grünen und CDU fort.

Parteitag: Mit einem Infostand beim Landesparteitag der FDP in Fellbach führten Europa-Union und JEF ihre Präsenz-Reihe bei den Parteitagen der Landesparteien weiter. Der Stand zog zahlreiche Mandatsträger an. Auch der neu gewählte FDP-Landesvorsitzende Hans-Ulrich Rülke MdL kam vorbei.

Junge Europäer – JEF

Freiburger Gespräche: Im November 2024 fanden die 35. Freiburger Gespräche statt – ein abwechselnd in Freiburg und Straßburg veranstaltetes Symposium, das junge Menschen aus Deutschland, Frankreich und der Schweiz zusammenbringt. Die Veranstaltung, organisiert durch die JEF BW und Jeunes Européens Strasbourg, befasste sich mit dem Thema „Zukunft der europäischen Verteidigung – ein Blick aus der Oberrheinregion“. Auf dem Programm standen verschiedene Workshops mit Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft und der Bundeswehr sowie eine Podiumsdiskussion u. a. mit EUD-Vizepräsidentin Chantal Kopf MdB.

Sternfahrt: Die jährlich organisierte Sternfahrt nach Straßburg startete mit einem Besuch beim Europäischen Ombudsmann. Danach ging es weiter zum Euro-

päischen Gerichtshof für Menschenrechte. Ein weiteres Highlight war der Besuch des Europäischen Parlaments. Am zweiten Tag führte der Weg nach Schirmeck ins historische Mémorial Alsace Moselle. Besonders wertvoll war der Austausch mit der JEF

Straßburg über Fragen der europäischen bzw. deutsch-französischen Zusammenarbeit und Jugendarbeit. Zum Abschluss gab es eine Aktion zu den Grenzkontrollen zwischen Deutschland und Frankreich.

Karlsruhe

US-Wahl: Der KV Karlsruhe konnte den USA-Experten Arthur Landwehr, Autor von „Die zerrissenen Staaten von Amerika“ und langjähriger ARD-Hörfunk-Korrespondent in Washington, für eine Veranstaltung gewinnen. Bei dem gut besuchten und interessanten Abend ging es im Kern um die Frage: „Können wir aus den gesellschaftlichen Entwicklungen in den USA für Europa etwas lernen?“ Der frühere Bürgermeister und Dezernatsleiter der Stadt Karlsruhe Ullrich Eidenmüller führte als Interviewpartner durch den Abend.

Heilbronn

Kreisversammlung: Die inzwischen 71. Kreisversammlung des KV Heilbronn fand im Ratskeller statt. Nach den obligatorischen Berichten und der Entlastung von Kreisvorstand und Schatzmeisterin gab es eine Mitgliederehrung. Für 25 Jahre Mitgliedschaft bei der Europa-Union Heilbronn wurden Natalie Krayl, Jacqueline Freifrau von Houwald, Artur Kübler, der Türkische Gesamtelternverein und der Türkische Frauenverein Heilbronn jeweils mit einer Urkunde geehrt.

Stuttgart

Ukraine: Der KV Stuttgart beteiligte sich an einer Kundgebung des Stuttgarter Ukraine-Bündnisses aus Anlass des dritten Jahrestags des russischen Angriffskrieges. Nach Statements der Bundestagskandidatinnen von Grünen, CDU, SPD und FDP hatten verschiedene Verbände das Wort. Für die Europa-Union sprach Kreisvorstandsmitglied Florian Ziegenbalg und betonte, dass es jetzt mehr denn je auf eine geeinte und handlungsfähige Europäische Union ankomme.

Verantwortlich: Florian Ziegenbalg

Saarland

Grenzenlos für Europa handeln

Zu Beginn des Jahres hat die Europa-Union Saar die deutsch-französischen Beziehungen in den Mittelpunkt gerückt und konnte mit zwei Veranstaltungen einen dynamischen Start in das Jahr 2025 schaffen.

Beim Neujahrsempfang wurden die deutsch-französische Freundschaft gefeiert und das Engagement für eine grenzenlose Zusammenarbeit gewürdigt. Ein zentrales Thema war die Frankreichstrategie+ des Saarlandes, die als Motor der europäischen Integration dient. Die Mitgliedschaft des Saarlandes in der Organisation Internationale de la Francophonie (OIF) verdeutlicht seine Rolle als Brücke zwischen Deutschland, Frankreich und der globalen Frankophonie. Dies eröffnet nicht nur kulturelle, sondern auch wirtschaftliche Chancen. Ein weiterer Schwerpunkt war die Vision einer Eurometropole Saarbrücken mit 1,5 Millionen Einwohnern als Leuchtturmprojekt der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Emmanuel



Rendezvous mit Europa: Gastreferentin Prof. Dr. Claire Demesmay (l.) und Landesvorstandsmitglied Nicole Boissier
Foto: EUD Saar

Suquet, Gesandter der Französischen Botschaft, betonte, dass Saarbrücken durch seine Lage prädestiniert sei, eine Schlüsselrolle in Europa zu spielen. Die Eurometropole solle nicht nur als politisches Projekt verstanden werden, sondern als starkes Symbol für den europäischen Gedanken.

Im Rahmen der Reihe „Rendezvous mit Europa“ begrüßte die Europa-Union Saar

Dr. Claire Demesmay, eine renommierte Expertin für deutsch-französische Beziehungen. Sie analysierte drei Kernaspekte dieser Partnerschaft: die Unterschiede beider Länder als Chance und Herausforderung, die Langsamkeit der Zusammenarbeit und schließlich die Unverzichtbarkeit des deutsch-französischen Motors. Deutschland und Frankreich seien komplementär, ihre Diversität bringe unterschiedliche Stärken hervor, doch politischer Wille zu Kompromissen fehle derzeit. Trotz zahlreicher Institutionen, die im Rahmen der Zusammenarbeit beider Länder etabliert wurden, bleibe die Reaktionsgeschwindigkeit auf globale Krisen unzureichend. Aber nur mit enger Kooperation können die aktuellen Probleme Europas bewältigt werden.

Die deutsch-französische Partnerschaft steht vor großen Herausforderungen, doch sie bleibt der Schlüssel für ein starkes Europa. Es braucht Mut, Kompromissbereitschaft und neue Impulse, um gemeinsame Lösungen zu finden. Regionale Initiativen wie im Saarland zeigen, dass Zusammenarbeit konkret gelebt werden kann – nicht nur durch politische Entscheidungen, sondern auch durch persönliche Begegnungen.

Verantwortlich: *Milian Bäsel*

Sachsen

Europa im Freistaat stärken

Ein Forderungskatalog für den neuen Landtag: Im Vorfeld der Landtagswahl 2024 in Sachsen haben wir uns als Europa-Union und JEF Sachsen zusammengesetzt, um gemeinsam Maßnahmen zu identifizieren, wie Europa im Freistaat vom achten Sächsischen Landtag gestärkt werden kann. Das Ergebnis war ein Forderungskatalog mit drei Schwerpunkten: Bildung, Regionalpartnerschaften und Projekte zur Sichtbarkeit Europas vor Ort. Den Katalog haben wir an alle gewählten Abgeordneten der demokratischen Parteien übermittelt. Die Resonanz war beeindruckend. Alle an-

geschriebenen Fraktionen haben geantwortet, ihre Unterstützung zugesichert und Gespräche angeboten.

Besonders gespannt haben wir daher die Ausarbeitung des Koalitionsvertrags zwischen CDU und SPD verfolgt. Zwar wurde unsere langjährige Forderung nach einer Verankerung der EU in der Sächsischen Landesverfassung nicht umgesetzt, dennoch finden sich wesentliche Punkte aus unserem Katalog im Vertrag wieder. Ein zentrales Anliegen war zum Beispiel die Stärkung der Regionalpartnerschaften des Freistaates, mit einem besonderen Fokus auf dem Jugendaustausch. Regionalpartnerschaften tragen den europäischen Gedanken weiter; jungen Menschen ermöglichen sie den Austausch über Ländergrenzen hinweg.

Der Koalitionsvertrag und die positiven

Reaktionen der engagierten Abgeordneten im Sächsischen Landtag stimmen uns sehr optimistisch. Wir sind zuversichtlich, dass Europa in Sachsen weiterhin eine wichtige Rolle in der Politik spielt und freuen uns auf die anstehenden Gespräche mit den Abgeordneten.

Der Forderungskatalog ist abrufbar unter:
https://bit.ly/Europa_SN

Verantwortlich:
Klaas Wibker/Katharina Wolf





Auf nach Chemnitz!

EUD-Bundeskongress tagt in der Kulturhauptstadt Europas

Chemnitz – die Europäische Kulturhauptstadt 2025 – ist Tagungsort unseres diesjährigen Bundeskongresses am 11. und 12. Oktober. Die Initiative dazu kam von der Europa-Union Sachsen, die in diesem Jahr ihr 10-jähriges Jubiläum feiert. Der Landesverband Sachsen freut sich daher besonders, wenn neben den Delegierten auch viele Gäste am Kongress teilnehmen und die Gelegenheit nutzen, die Stadt vor den Toren des Erzgebirges näher kennenzulernen.

Denn in Chemnitz gibt es viel zu entdecken. „C the unseen“ lautet denn auch das Kulturhauptstadt-Motto. Auch unser Bundeskongress tagt an einer der unzähligen Kulturhauptstadt-Locations im Stadtgebiet. Der „Garagen-Campus“ ist ein Kultur- und Begegnungsort, der in einem ehemaligen Straßenbahn-Depot geschaffen wurde.

Das oftmals unterschätzte Chemnitz findet man inzwischen unter den TOP 10 der lebenswertesten Städte Deutschlands. Vom „Sächsischen Manchester“, einem Textil- und Industriezentrum im 19. Jahrhundert und der Wiege der Industrialisierung auf dem europäischen Kontinent, wird es in der DDR zur sozialistischen Musterstadt „Karl-Marx-Stadt“, von der im Stadtbild breite Paradenstraßen und

das ikonische Marx-Monument zeugen. Nach den Umbrüchen der Wiedervereinigung ist Chemnitz heute erneut ein erfolgreicher Wirtschaftsstandort, der mit der Technischen Universität und drei Fraunhofer-Institut-Standorten für Innovation und Zukunft steht. Auch kulturell hat Chemnitz einiges zu bieten: Neben dem größten zusammenhängenden Gründerzeitviertel, einem Theater und mehreren Museen gibt es während des Kulturhauptstadt-Jahres außerdem ein vielfältiges Kunst- und Kulturprogramm. Da die Europa-Union Sachsen zudem bereits am Freitag ein buntes Vorprogramm plant, lohnt sich eine frühere Anreise zum Kongress in diesem Jahr besonders. Doch auch Kreisverbänden bietet sich in diesem Jahr mit Chemnitz ein spannendes Reiseziel für Studienfahrten.



Eröffnung des Kulturhauptstadtjahres

Foto: Stadt Chemnitz, Pressestelle/Fotografin Kristin Schmidt



„Der Nischel“ (mittelhochdeutsch für Schädel), so bezeichnen die Einheimischen die monumentale Marx-Büste, die seit über 50 Jahren das Stadtbild prägt.

Foto: Chemnitz, Pressestelle/Fotograf Laszlo Farkas

Quelle: Stadt Chemnitz

Europa aktiv: Jetzt mit noch mehr Lesekomfort online

Die **Europa aktiv App** fürs Smartphone ist da! Lesen Sie unser Mitgliedsmagazin jetzt auch bequem von unterwegs. Laden Sie sich dafür einfach die Europa aktiv App aus den App-Stores von Apple oder Google herunter.

Für die Lektüre auf dem Computer bietet sich das Europa aktiv E-Paper an:
<https://kiosk.europa-union.de>

Europa aktiv App
im Google Play App Store



Europa aktiv App
im Apple App Store

